

Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft

Im Herbst 1989 forderten mutige und couragierte Bürger in mächtigen Demonstrationen vom SED-Regime freiheitliche und demokratische Rechte. In der Friedlichen Revolution erzwangen sie den Rücktritt der DDR-Regierung, die Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze sowie die ersten freien Wahlen.

Heute leben wir im wiedervereinigten Deutschland in lang ersehnter Freiheit und Demokratie. Doch viele durch Haft und Verfolgung Getötete, Versehrte und Gebrochene der kommunistischen Diktatur nach 1945 sind nicht mehr unter uns oder haben nicht die Kraft, sich mit uns zu freuen. An diese mutigen Frauen und Männer, die über Jahrzehnte immer wieder das System kritisierten und unermüdlich für Freiheit und Demokratie eintraten, wollen und müssen wir uns erinnern. Ihr jahrelanger, entbehrungsreicher Kampf war eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Friedlichen Revolution. Diese Erinnerung braucht einen angemessenen und würdigen Ort des kollektiven Gedenkens.

Wir wollen, dass ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989 als nationales Zeichen an einem zentralen Platz in der Hauptstadt unseres wiedervereinigten Landes errichtet wird.

Dieser Ort soll dem Gedenken an diese Opfer gewidmet sein und dauerhaft an die zerstörerische Macht des kommunistischen Gesellschaftssystems erinnern. Unsere Initiative ist unmittelbar mit der intensiven und bis heute andauernden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur verbunden, indem

sie deren Folgen für die deutsche Nation thematisiert. Die gemeinsame Wahrnehmung der Verluste nach 1945, die erinnernde Rückbindung an die Toten und Leidtragenden des Systems, wird uns helfen, auch diese Zeit und ihre Erfahrungen im Gedächtnis zu bewahren.

Nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus wurde im sowjetisch besetzten Sektor Berlins die Zentrale der Sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland errichtet. Mit der Gründung der DDR entstand hier das staatliche und repressive Machtzentrum der SED. Deshalb sollte das zentrale Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem repräsentativen Ort der deutschen Hauptstadt errichtet werden.

Als Folge des Zweiten Weltkrieges erlebte Deutschland und Europa eine Teilung in demokratisch verfasste Staaten einerseits und denen des sowjetischen Machtimperiums andererseits. In Ostdeutschland begann 1945 der Aufbau einer kommunistischen Diktatur. Für die Menschen, die hier leben mussten, folgten 44 Jahre in Unfreiheit, Angst vor Verfolgung oder unwürdiger Anpassung und Unterordnung. Mit der Würdigung des aktiven Widerstandes gegen diese Diktatur sowie dem Gedenken an die Opfer von Repression und staatlicher Willkür soll 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ein wesentlicher Beitrag zur Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Teilungsgeschichte erbracht werden.

Zwar gibt es inzwischen nicht wenige Gedenkorte für die Zeit nach 1945 in den neuen aber auch in den alten Bundesländern. Jedoch sind die meisten von ihnen

einzelnen lokalen Geschichtsereignissen oder Verfolgten gewidmet.

In vielen Hauptstädten des früheren Ostblocks, dem damals kommunistisch beherrschten Teil Europas, wird heute schon der millionenfachen Opfer der Verbrechen nach 1945 würdig gedacht. Sei es in Prag, Budapest, Sofia, Tartu oder in Moskau vor dem Hauptquartier der ehemaligen sowjetischen Geheimpolizei auf dem Lubjanka-Platz – überall finden wir repräsentative Stätten gegen das Vergessen. In Washington D. C. wurde 2007 ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus eingeweiht, für das sich neben amerikanischen Politikern namhafte Vertreter des europäischen Widerstandes wie Vaclav Havel und Lech Walesa einsetzten. Zwanzig Jahre nach dem Ende der Diktatur im Osten Deutschlands drängt es uns, für die Errichtung eines solchen Ortes in Berlin einzutreten.

Ein rein künstlerisches oder architektonisches Zeichen aufzustellen, wird dieser Aufgabe jedoch nicht ausreichend gerecht. Über den moralischen Auftrag des Erinnerns und Mahnens hinaus bedarf es der politischen Bildungsarbeit. Denn diejenigen, die die Zeit der Diktatur und Verfolgung bis 1989 nicht erlebten – und das ist die Mehrheit der jetzigen und so wieso der zukünftigen Deutschen sowie der vielen in- und ausländischen Gäste – brauchen konkretes historisches Wissen über den realen Kommunismus. Um die Verluste, das Erlittene und die Folgen zu verstehen, ist Grundwissen über die Herrschaftsform, den Unterdrückungsapparat und die Opfer nötig. Deshalb erscheint es uns unerlässlich, das Mahnmal mit einem Ort der Information zu verbinden.

Unsere Initiative braucht viele Unterstützer, die die Auseinandersetzung um die Interpretation der jüngsten Vergangenheit nicht scheuen und den öffentlichen Diskurs darüber führen wollen.

Wir, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V., weitere Opferverbände und politisch Verfolgte rufen dazu auf, unsere Initiative sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch politisch und finanziell zu unterstützen.

Initiative Mahnmal
Vorsitzender Ernst-O. Schönemann



Der „Solowezkij-Stein“: 1990 in Moskau auf dem Lubjanka-Platz eingeweiht, war dieses erste landesweite Mahnmal für die Opfer kommunistischer Repression zunächst nur als Provisorium gedacht.